

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

aus: Horst Kahrs (Hrsg.): Piratenzauber, ISBN 978-3-89438-508-8
© 2013 by PapyRossa Verlag, Köln / CC BY-NC-ND 3.0 (s. Impressum)

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

Was bleibt?

Während der Arbeit an diesem Buch hat sich die politische Situation für die Piratenpartei Deutschland deutlich verändert. Die Landtagswahl in Niedersachsen brachte eine heftige Wahlschlappe, die bundesweiten Umfragen bewerten die Partei für die bevorstehenden Bundestagswahlen deutlich unter der Sperrklausel, die Medien berichten vor allem über verletzte »Personalquerelen«, die Partei gönnt sich zu Beginn des Bundestagswahlkampfes eine Mitgliederbefragung, die bei einer Beteiligung von 16 % vorgezogene Vorstandswahlen ablehnt und die Arbeit des bisherigen Politischen Geschäftsführers Ponader zu über 50 Prozent mit der Schulnote »sechs«, die des Parteivorsitzende Schlömer mit 3,2 bewertet. Eine Partei sucht ihren Platz und ihren Weg. Die Zukunft der Piratenpartei ist offen. Sicher ist: der Grundtenor der medialen Berichterstattung hat sich umgekehrt, statt Erstaunen über die Attraktivität des Neuen steht nun ein Enttäuschung vorspiegelndes, aber im Grund erleichtertes »Die machen es auch nicht besser«. Jenseits der Mechanik der medialen Aufmerksamkeitsökonomie gilt: die Partei ist in den Mühen der Ebene angekommen, wo die Erfolge, das Wachstum und die Reaktionen der Konkurrenten verarbeitet werden müssen. Vielleicht erweisen sich diejenigen Nachrufe als zutreffend, die davon ausgehen, dass andere Fragen und Themen als die von der Piratenpartei aufgeworfenen bei den kommenden Wahlentscheidungen den Ausschlag geben werden. Vielleicht bewältigt die Partei ihre aktuelle politische Baisse aber besser und schneller als von den meisten professionellen Beobachtern erwartet.

Unter den Autorinnen und Autoren dieses Bandes sind die Auffassungen zur Zukunft der Piratenpartei erkennbar geteilt. Einigkeit be-

steht aber darin, dass die Bedingungen der Möglichkeit einer erfolgreichen Piratenpartei fortbestehen. Keines der mit ihren Wahlerfolgen auf die politische Agenda gesetzten Netz-Themen ist abgearbeitet oder von einer anderen Partei erfolgreich adoptiert worden. Dafür ermangelt es den im Bundestag vertretenen Parteien schlicht an digitaler Authentizität. Die Veränderung, wenn nicht sogar Umwälzung der Produktionsweise mit Hilfe digitaler Technologien erfasst die gesellschaftliche Arbeitsteilung in ihrer Gesamtheit, die Kooperationsbeziehungen und sozialen Hierarchisierungen, die Wertschöpfungsketten wie die Arbeits- und Lebensweise. Es handelt sich um einen globalen Vorgang, dessen weitere Dynamik und dessen Ende noch nicht abzusehen sind. Sicher ist nur: die bisherigen Teilungen der Welt greifen nicht mehr hinreichend, um Ordnung und Stabilität zu gewährleisten.

Ähnlich wie mit der Entdeckung Amerikas beginnt mit der Entdeckung des Internets die Erschließung und Vermessung einer neuen Welt. Diese Auseinandersetzung wurde in der Frühphase der kapitalistischen Welt über ein paar Jahrhunderte vor allem auf den Meeren ausgetragen. Piraten spielten dabei eine wichtige Rolle, stellten sie doch die Herrschaftsansprüche über die Weltmeere in Frage. Oftmals traten sie als Kombattanten aufstrebender Mächte, ausgestattet mit »Kaperbriefen« in Erscheinung, um vor allem der spanischen Krone amerikanisches Gold abzufragen. Erst mit der Internationalen Seerechtskonvention von 1856 verständigten sich die Staaten darauf, dass die Sicherheit auf den überseeischen Handelswegen im wechselseitigen eigenen Interesse liege und gemeinsam gewährleistet und gegen die Piraterie durchgesetzt werden müsse. Seitdem führt der See-Pirat ein geächtetes Dasein. Dass es sich mit dem »Netzpiraten« anders verhält, dass Piratenparteien international auftreten und erfolgreich sein können, verweist darauf, dass viele Aneignungs- und Eigentumsfragen in der neuen Netzwelt noch ungeregelt sind, die als Konflikte um freien Verkehr und Zugang ausgetragen werden, aber auch zwischen alten und neuen Kapitalfraktionen. Trotz aller bisherigen zwischenstaatlichen und internationalen Regelungsversuche ist eine Übereinkunft für die modernen Netztechnologien, die Staaten und mächtige private Akteure verpflichtet und der umwälzenden technologischen Entwick-

lung standhält, noch lange nicht in Sicht. Der Kampf gegen staatliche wie monopolartige private Einhebungsversuche und um eine digitale Allmende bleibt virulent und bringt immer wieder Möglichkeitsbedingungen für »politische Piraterie« hervor.

Fragen der staatlichen Kontrolle und Überwachung, der Transparenz staatlichen Verwaltungshandelns, der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten/Partizipation und des Urheberrechts haben den kometenhaften Aufstieg der neuen Partei begünstigt. In ihrer Gesamtheit und angesichts der konkreten politischen Konstellationen vor Ort trugen sie zum wahlpolitischen Durchbruch in Berlin 2011 bei, doch der letzte Punkt verweist auf einen weitaus tiefer und breiter angelegten Prozess. In der öffentlichen Wahrnehmung gilt die Piratenpartei, trotz aller Dementis, immer noch als Partei, die »das Urheberrecht abschaffen« und damit den kostenlosen Download ermöglichen wolle. Die digitale Eigentumsfrage hat mit der Ausbreitung des Internets eine Massenbasis bekommen, die sich in »illegalen« Downloads einerseits und einer florierenden Abmahnindustrie andererseits ausdrückt. Die Piraten, habituell getragen von einer antiproprietären »opensource«-Kultur, boten eine Möglichkeit an, diese offenen Fragen und Brüche mit der tradierten Ordnung der Eigentums- und Nutzungsrechte zu einer tagespolitischen Frage zu machen. Ihr Überleben wäre allerdings nicht allein mit der politischen Bedeutung »ihres« Themas, der Urheberrechtsfrage, verknüpft, eine Bedeutung, die immer nur als relationale Gewichtung im Verhältnis zu anderen Themen existiert. Entscheidend wäre, ob die Piratenpartei als eine Art Partei neuen Typs auf lange Sicht Produktionsinstrumente von Politik zur Verfügung stellen kann, mit denen es immer wieder sozialen Schichten und Kräften gelingt, politische Fragen zu produzieren, soziale Anliegen und gesellschaftliche Veränderungen als politische Probleme zu formulieren: Dann wären ihre »Tools« nicht nur Techniken, sondern sie stünden im Zusammenhang eines Kampfes um Teilhabe, die mehr ist als eine Einladung zu kostenfreiem kulturellem Konsum.

Liquid democracy stellt eine Technologie zur Verfügung, die – zumindest idealtypisch – das verkarstete Verhältnis von Experten und Laien unterlaufen kann. Die sozialen Eintrittsschwellen in die politi-

sche Partizipation werden gesenkt, indem eine digital-soziale Form von Öffentlichkeit, eine hybride politische Arena geschaffen wird. Ob und wie dieser neue öffentliche Raum letztlich, nach Überwindung der Kinderkrankheiten wie z. B. naivem und unreflektiertem Kommunikationsverhalten, demokratisch und emanzipatorisch genutzt wird, bleibt auszutragen, nicht zuletzt gegen die erkennbaren Tendenzen zur Umfrage- und Wahlomat-Demokratie als herrschaftsförmiger politischer Technologie. Das Verdienst der Piratenpartei bleibt die demonstrative Offenlegung solcher demokratisch emanzipatorischer Potentiale. Dazu gehört auch, dass sie schon jetzt – wenngleich wohl oft gegen den eigenen Willen – deren Grenzen unter den aktuellen Bedingungen erkennbar gemacht haben: die Routinen bestimmter Kommunikationsformen und -stile, die begrenzte, da eben doch nicht allen zugängliche, mithin nach wie vor privilegierte Verfügung über ausreichend freie Zeit und Kompetenz, aus der »chaotischen Transparenz« nützliche Information generieren und in politisches Handlungswissen übersetzen zu können.

Die Piratenpartei lässt sich betrachten als das politische Projekt einer neuen sozialen Schicht, die das Potential hat, zur strategischen Klasse zu werden. Im Produktionsprozess in den hochentwickelten Volkswirtschaften haben sich die Gewichte zu Gunsten der Wissens- oder Informationsarbeiter verschoben. Die Auseinandersetzungen um die Organisation und Kontrolle dieser modernen Formen vernetzten und kreativen Arbeitens werden voraussichtlich zunehmen, damit auch die öffentliche Wertschätzung und das Selbstwertgefühl dieser digitalen Arbeiter. Die Hardware- und Software-Ingenieure verschiedenster Couleur drängen in den politischen Raum, die naturwissenschaftlich-ingenieurwissenschaftliche Herangehensweise, manche sagen: das kybernetische Denken, macht der geistes- und sozialwissenschaftlichen Sicht auf die Welt die Rolle im politischen Diskurs und die Plätze im politischen System streitig, nicht zuletzt befördert durch ihre strukturelle Nähe zur Faszination der mathematischen Modelle in Volks- und Betriebswirtschaft.

Ungeklärt sind die Antworten auf die offenen sozialen Fragen, die die Veränderungen in der Arbeitswelt, der Arbeitsinhalte, -formen

und -beziehungen aufgeworfen haben. Dabei geht es vor allem um die zukünftigen sozialstaatlichen Formate, in denen eine neue Balance gefunden werden muss:

- einerseits Individualisierung, Persönlichkeitsentfaltung und Selbstmanagement der eigenen Leistungskraft mit den damit einhergehenden Unsicherheiten und sozialen Instabilitäten,
- auf der anderen Seite Einbettung in institutionelle tarifvertragliche und sozialstaatliche Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht einschließlich der damit verbundenen Sicherheiten und sozialen Stabilitäten.

Die Erfolge der Piratenpartei haben deutlich gemacht, dass angemessene Antworten auf die politische Agenda gehören. Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution haben sie die Auswirkungen auf Demokratie, Transparenz staatlichen Handelns, Partizipation und auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft aktualisiert. Diese Themen werden unabhängig von der parlamentarisch-politischen Existenz der Piratenpartei bedeutsam bleiben und für linke emanzipatorische Politik eine nicht hintergehbare Herausforderung, aber auch Möglichkeit darstellen:

- Wie lässt sich die repräsentative Demokratie in Staat und Parteien durch technikgestützte Formen expressiver Demokratie ergänzen, die eben nicht auf der Annahme der Stellvertretung von vorgefundenen Interessen fußt, sondern die demokratischen Verfahren selbst als Hervorbringung von politischen Fragestellungen und Entscheidungen begreift, also weit mehr an »freier Assoziation«, an Verwandlung der Konsumenten in Produzenten von politischen Entscheidungen erreichen will und sich nicht damit begnügt, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie hier und da direktdemokratisch zu ergänzen?
- Wie lässt sich die vollständige privatkapitalistische Einhegung der informationellen »commons« verhindern und unterlaufen und eine neue globale Wissensordnung etablieren, die die technischen Möglichkeiten des Teilens von Wissen global zur Verfügung stellt, also das Gemeineigentum als Alternative zum Privateigentum und Staatseigentum stärkt?

- Wie werden in einer neuen Wissensordnung die Fragen der Vergütung der Produzenten geregelt, aber auch der Schutz vor staatlicher Überwachung, vor ausbordender Kontrolle am Arbeitsplatz und privater Wertschöpfung mit den »Spuren im Netz«, besonders in den Sozialen Medien wie Facebook & Co?
- Wenig politisch beachtet und bearbeitet sind die neuen Dimensionen der Krieg- und Friedensfrage, Stichwort Cyberwar. Wie sind völkerrechtlich die unbemannten Kampfdrohnen zu bewerten, die in den USA gesteuert werden, um u. a. in Pakistan zu töten?

Die größte Herausforderung für die politische und gesellschaftliche Linke stellt die soziale Zusammensetzung der Piratenpartei wie aber auch der jüngeren Protestbewegungen in Deutschland dar. Eine aktuelle Untersuchung des Göttinger Zentrums für Demokratieforschung (Franz Walter u. a. (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger*, Reinbek 2013) stellt fest, dass im Gegensatz zu den Oppositionsbewegungen der sechziger und siebziger Jahre typischerweise heute nicht mehr sozialwissenschaftliche Intellektuelle tonangebend agieren, sondern Angehörige der eher technisch geprägten Berufe. Wo es um Infrastrukturvorhaben, Energiewendeprojekte oder Stadtentwicklung gehe, seien zu großen Teilen Ingenieure, Techniker, Informatiker und Biologen anzutreffen. In den meist auf ein Anliegen fokussierten Protesten könnten sie in der Rolle von objektiven Experten auftreten, auf selbstbewusste Weise präzise Gegenvorschläge erarbeiten oder schlicht vermeintliche Tatsachen sprechen lassen. Das Genuine von Politik sei ihnen fremd, nämlich dass Politik nicht objektiv sein kann. In den Protesten seien die »kleinen Leute« (Walter) kaum mehr vertreten. »Bürger« trügen ihre Kontroversen und Konflikte mit- und gegeneinander aus. Betrachtet man die Zusammensetzung der Wählerschaft der Piratenpartei, so scheint es bei den »kleinen Leuten« durchaus eine hohe Bereitschaft zu geben, solche modernen Experten bei Wahlen zu delegieren. Das Verhältnis von Spezialisten und Laien in der Politik ordnet sich neu. Für die intellektuelle Linke heißt das: Wie lässt sich ihre bisherige Beschränkung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften überwinden? Leider ist diese andere, vor einem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hintergrund entwickelte Sicht auf und

Herangehensweise an elementare Fragen von Demokratie und Beteiligung in diesem Band nur durch einen Beitrag vertreten.

Im selben historischen Moment, in dem die Umfrage-Ergebnisse der Piraten in Deutschland nach unten gingen, feierte in Italien eine von Beppe Grillo angeführte Partei des Protests, des Misstrauens, zwar des Spaßes, aber auch der Forderung nach radikaler Demokratie und Transparenz einen großen Wahlerfolg. Ihre Mitglieder und Abgeordneten sind jung, unter ihnen ist ebenfalls Experten-Intelligenz stark vertreten, während ihre Anhängerschaft darüber hinaus reicht. Mit diesem sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Phänomen stellt sich eine Frage neu, die seit dem Aufstieg der Grünen vor einer Generation aktuell wurde und bislang nicht beantwortet werden konnte. Wir haben sie bereits in der Vorbemerkung zu diesem Buch gestellt, nämlich:

Wie ist eine Verstetigung dieses Potentials (das offensichtlich das Ergebnis jener sozialen Umbrüche ist, in deren Kontext auch die zentrale Stellung des Internet steht) jenseits zweier Gefahren:

- einerseits des alsbaldigen Versinkens in Bedeutungslosigkeit,
- andererseits der alternativlosen Integration in die vorgefundenen medialen und institutionellen Strukturen

möglich?

Die Antwort auf diese letzte Frage wird, das ist unser vorläufiges Ergebnis, darin bestehen müssen, dass die ihr vorangehend genannten inhaltlichen Probleme gelöst werden.

Die Autorinnen und Autoren

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstruktur-analysen, Wahlenanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale-linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.